



Wolfenbüttel, den 01.09.2022

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Steinbrügge, Christiana	Landrätin
Retzki, Bernd	Dezernent IV
Vogel, Thomas	Geschäftsführer Jobcenter

Bender, Sylvia
Schlager, Katja
Wilhelm, Andree
Söllig, Corinna

Amtsleiterin Amt für Soziales
Bildungszentrum
Pressestelle
Moderatorin

Protokollführer

Strohhäcker, Michael

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Kloke, Paul	SPD
Müller, Karl-Heinz	CDU

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Owczarek, Andre	die LINKE
-----------------	-----------

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
 3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
 4. Genehmigung des Protokolls über die 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Vielfalt und Arbeit (§§ 23, 5d GO)
 5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
 6. Sachstand Ukraine
 7. Informationen zum Bürgergeld
 8. Sachstand RVZ
 9. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
 10. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth eröffnet um 18:32 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Frau Eisenbarth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Frau Eisenbarth stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Vielfalt und Arbeit (§§ 23, 5d GO)

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig bei drei Enthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Vielfalt und Arbeit vom 10.05.2022 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Es liegen keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Frau Seigneur fragt für Ihre Fraktion nach, was der Landkreis in Bezug auf die Probleme bei der Energieversorgung, begleitet von Preissteigerungen, Ressourcenknappheit und Lieferengpässen, unternimmt. Auch seitens des Landkreises Wolfenbüttel müssten Energiesparmöglichkeiten vorgestellt und beworben werden. Es wird auch um Auskunft dahingehend gebeten, inwieweit der Landkreis hier bereits in Projekte eingebunden ist und ob Gespräche, ggf. auch des Niedersächsischen Landkreistages, mit der Landesregierung hinsichtlich der Unterstützung von sozial Schwachen bei den anstehenden Problemen stattfinden bzw. stattgefunden haben. Frau Steinbrügge

teilt mit, dass zu dem Thema Energiekrise im Rahmen der am 01.09.2022 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personal informiert werden soll. Darüber hinaus fänden hinsichtlich der geplanten Einrichtung lokaler Härtefonds derzeit Gespräche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, der Landesregierung und den Energieversorgern statt. Frau Steinbrügge stellt weitere Informationen in Aussicht, sobald neue Informationen diesbezüglich vorliegen.

Frau Resch-Hoppstock bittet die Verwaltung eine Auflistung zu erstellen, aus der alle Anbieter im Landkreis Wolfenbüttel hervorgehen, die im weiteren Sinne pflegerische bzw. hauswirtschaftliche Leistungen anbieten. Frau Bender sagt die Erarbeitung einer solchen Liste zu. Da unter Umständen nicht alle privaten Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen bekannt seien, sei die Verwaltung ihrerseits auf Informationen angewiesen. Frau Resch-Hoppstock signalisiert ihre Bereitschaft, auch eigene Erkenntnisse beizusteuern. Die Umsetzung einer Anregung des Herrn Meyer, eine solche Aufstellung im Format einer Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, betrachtet Frau Bender als problematisch und weist in diesem Zusammenhang vorrangig auf die Beratungspflicht der Pflegekassen hin.

Frau Florek bittet um Auskunft, in wie weit die Verwaltung hinsichtlich der Problematik der in Schöppenstedt in einer Sammelunterkunft gemeinsam untergebrachten Großfamilien tätig wird. Herr Retzki teilt mit, dass bereits Gespräche vor Ort stattgefunden und die Beteiligten im Dienste einer Lösung ein weiteres Vorgehen abgestimmt hätten. Frau Steinbrügge ergänzt, es fänden auch Gespräche mit dem Land Niedersachsen statt, innerhalb derer man um die Vermeidung solcher Schwierigkeiten bereits im Rahmen der Zuweisung von Flüchtlingen und Asylsuchenden durch das Land bemüht sei.

TOP 6 Sachstand Ukraine

Herr Vogel informiert anhand einer Präsentation (Anlage 1 zu TOP 6 dieses Protokolls) über den aktuellen Sachstand aus Sicht des Jobcenters Wolfenbüttel.

Auf Nachfrage von Herrn Kampenkel macht Herr Vogel deutlich, dass Maßnahmen für den betroffenen Personenkreis zunächst im Rahmen eines Gutscheilverfahrens verwirklicht wurden. Auf dieser Basis erfolgten erste Beratungen durch Drittanbieter. Im Anschluss stehe den Leistungsberechtigten aber das volle Leistungsportfolio des SGB II zur Verfügung. Die Ausstellung der Wolfenbüttel-Card für Leistungsberechtigte nach dem SGB II erfolge laut Herrn Vogel entweder „automatisch“ im Rahmen der Leistungsbewilligung oder gegebenenfalls auf Hinweis der einzelnen Berechtigten. Die Leistungsberechtigten würden, so Herr Vogel weiter, über Rechte und Pflichten durch eine schriftliche Information aufgeklärt; bestehende Vordrucke müssten nötigenfalls noch einmal überarbeitet werden. Im Übrigen werde den Leistungsberechtigten laut Herrn Vogel die Teilnahme an Integrationskursen im Rahmen ihrer Mitwirkungspflichten abverlangt. Bei einer Eingliederungsvereinbarung handele es sich den weiteren Ausführungen des Herrn Vogel zufolge um eine Vereinbarung mit dem Kunden über die Gestaltung des Integrationsprozesses.

Für das Amt für Soziales berichtet Frau Bender mit Hilfe einer Präsentation (Anlage 2 zu TOP 6 dieses Protokolls). Auf Nachfrage von Frau Wagner-Judith und Herrn Kamphenkel verdeutlicht Frau Bender, dass es sich bei den im Leistungsbezug nach dem SGB XII verbliebenen Minderjährigen beispielsweise um Kinder handele, die aufgrund des Zusammenlebens mit den Großeltern keiner Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II zuzuordnen seien und daher dort über keinen Leistungsanspruch verfügten. Die Leistungen nach dem SGB XII entsprächen aber nach Umfang und Höhe denen des SGB II.

Frau Steinbrügge ergänzt, dass sich das Angebot verfügbaren Wohnraums für die Unterbringung Geflüchteter trotz aller Bemühungen zukünftig reduzieren werde. Insofern könne in Zukunft auch die

Einrichtung weiterer Sammelunterkünfte notwendig werden. Dem Land Niedersachsen gegenüber sei zu kritisieren, dass es der gegenwärtigen Zuweisungspraxis an notwendiger Transparenz mangle. Außerdem dürften die Kommunen hinsichtlich der anstehenden Probleme nicht vom Land allein gelassen werden.

Frau Schlager berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 3 zu TOP 6 des Protokolls) für das Bildungszentrum über den aktuellen Sachstand. Auf Nachfrage von Frau Seigneur teilt Frau Schlager mit, dass die Vergütung auf Honorarbasis beschäftigter Lehrkräfte, auch in Bezug auf Fahrtkosten, aufgrund der aktuell gültigen Entgelt- und Honorarordnung erfolge, die aber nicht mehr den aktuellen Verhältnissen Rechnung trage. Die Anpassung der Entgelt- und Honorarordnung soll daher schnellstmöglich erfolgen.

Frau Wagner-Judith und Herr Kamphenkel danken, unterstützt durch Frau Steinbrügge und Frau Eisenbarth, ausdrücklich den Beschäftigten des Amtes für Soziales, des Jobcenters, des Bildungszentrums sowie der Ausländerabteilung für deren im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise geleistete Arbeit.

Frau Florek schließt auch alle anderen Beteiligten des Prozesses (z.B. Einwohnermeldeämter) in den Dank mit ein, weist aber auch auf erschwerende Reibungsverluste zwischen einzelnen beteiligten Stellen hin.

TOP 7 Informationen zum Bürgergeld

Herr Vogel gibt mit Hilfe einer Präsentation (Anlage zu TOP 7 des Protokolls) einen Abriss des aktuellen Standes zur Einführung eines Bürgergeldes auf Basis des vorliegenden Referentenentwurfes.

TOP 8 Sachstand RVZ

Herr Retzki berichtet zum Regionalen- und Medizinischen Versorgungszentrum, dass der Wirtschaftsplan durch die Gesellschafterversammlung noch nicht verabschiedet werden konnte. Insofern soll eine ausführliche und endgültige Information zum Stand der Umsetzung der Projekte, anders als zunächst vorgesehen, erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit erfolgen. In der Folge gibt Herr Retzki einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand. So verzögere sich die Inbetriebnahme des RVZ noch, auch weil die bisher dort beherbergte Sparkasse erst später ausziehe. Zum 01.10.2022 soll eine RVZ-Managerin ihre Tätigkeit aufnehmen. Auf der Kostenseite ergeben sich noch Änderungen u.a. hinsichtlich der Aufwendungen für den Erwerb der Arztpraxis sowie der erforderlichen Umbaukosten. Auch soll bezüglich der Förderung durch das Land Niedersachsen noch einmal eine Korrektur erfolgen. Das Medizinische Versorgungszentrum habe laut Herrn Retzki hingegen zum 01.07.2022 den Betrieb aufgenommen.

Interessante Informationen zum Regionalen Versorgungszentrum finden sind laut Herrn Retzki im Übrigen auch auf dessen Homepage (www.rvz-baddeckenstedt.de)

Auf Nachfrage von Frau Seigneur verdeutlicht Herr Retzki, die RVZ-Managerin sei nicht Beschäftigte des Landkreises, sondern der RVZ gGmbH. Die Stelle sei öffentlich ausgeschrieben gewesen; eine Bewerberin hätte inzwischen eine mündliche Zusage erhalten. Frau Steinbrügge macht, ebenfalls auf Nachfrage von Frau Seigneur, deutlich, dass der Landkreis zwar über eine Abteilung für Gebäudewirtschaft verfüge, Planungen beispielsweise für eigene Baumaßnahmen jedoch extern vergeben würden. Herr Retzki erklärt auf Nachfrage des Herrn Kamphenkel, der Auszug der Sparkasse verzögere sich, da die Aufnahme der betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Sparkasse in Holle erst später stattfinden könne.

**TOP 9 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit
Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Es liegen keine Berichte der Landrätin vor.

TOP 10 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth schließt um 20:03 Uhr die Sitzung und verabschiedet sich von den Anwesenden.

Bettina Eisenbarth
(Vorsitzende)

Bernd Retzki
(Dezernent IV)

Michael Strohacker
(Protokollführer)